

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich 16.-
vierteljährlich 48.-
halbjährlich 98.-
gjährlich 192.-
Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.
Ercheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

Polenabinett regiert ohne Sejm.
Die außerordentliche Sejmession
auf einen Monat vertagt.

Warschau, 23. Mai. Durch eine Verord-
nung des Präsidenten der Republik wurde die
für heute einberufene außerordentliche Session
des Sejm auf Grund des Artikels 25 der Ver-
fassung auf 30 Tage vertagt.

Ministerpräsident Slawek hat in einer
ausführlichen Deklaration die Gründe dargelegt,
welche zur Vertagung der für heute einberufenen
außerordentlichen Sejmession geführt haben.

Scharfe Erklärung der Linksparteien.

Die oppositionellen Link- und Zentrums-
parteien haben nach Bekanntwerden des Dekrets
über die Vertagung der außerordentlichen Sejm-
session gemeinsame Beratungen abgehalten.

dass die konstitutionelle und parlamentarische
Verantwortung für diese Anordnung des
Präsidenten der Republik auf die Regierung
Slawek und die moralische sowie geschichtliche
Verantwortung auf den Präsidenten der
Republik fällt, der sich auf die Seite des
politischen Lagers stellt, welches von der
Regierung Slawek repräsentiert wird.

In der Resolution wird ferner erklärt, daß sich
die Regierung durch die Vertagung der außer-
ordentlichen Sejmession der parlamentarischen
Kontrolle und der Verantwortung für die
Budgetüberreicherungen entzieht, welche den Betrag von einer Milliarde
Zloty erreichen. Zum Schluß der Resolution
erklären die Link- und Zentrumsparteien, daß
sie den Kampf um die Beseitigung der
Diktatur und die Wiederherstellung der vollen
Geltung der Verfassung fortsetzen werden.

Ueberwiegende Mehrheit gegen Mosley.

London, 22. Mai. Die Sitzung der Arbeit-
erpartei, die um 8 Uhr begonnen hatte, dauerte
bis 11 Uhr. Während der ersten Stunden kam
es zu lebhaften Auseinandersetzungen. Mosley
sprach 50 Minuten lang. Er brachte folgenden
Antrag ein:

Die Arbeiterpartei ist mit der bisherigen
Arbeitslosenpolitik der Regierung unzufrie-
den und verlangt die Formulierung einer
Alternativpolitik, die mehr in Uebereinstim-
mung mit dem Programm und den Verspre-
chungen der Partei bei den letzten Wahlen ist.

Darnach erhob sich der Premierminister und
hierauf Thomas, der eingehend zu den Vor-
gängen Stellung nahm. Nach der leidenschaftli-
chen Rede Thomas, die mit größter Spannung
angehört wurde, brach wieder eine lebhaft er-
örterung aus. Der Antrag Mosleys wurde mit
210 gegen 29 Stimmen abgelehnt.

Die heutige Presse ist in ihren Kommen-
taren zu dieser Sitzung der Ansicht, daß die De-
mission Sir Mosleys die Stellung der Regie-
rung Macdonalds nicht schwächen wird.

Mosleys Nachfolger.

London, 23. Mai. (Reuter.) Der König
nimmt die Ernennung des Arbeiterparteilers
Atlee nach dem Rücktritt Mosleys zum Kanz-
ler des Herzogtums von Lancaster zu.

Clement Richard Atlee ist 1883 geboren
und Lektor an der Volkswirtschaftlichen Schule in
London. In der ersten Regierung Macdonald im
Jahre 1924 war er Unterkanzler für
Beziehungen.

Offizielles Abrücken von dem Heimwehrturs.
Lendenlamme Entwaffnungsvorlage Schobers. — Allgemeines Abrüstungs-
angebot der Sozialdemokratie.

Wien, 23. Mai. (Eigenbericht.) In der
heutigen Sitzung des Nationalrates brachte die
Regierung das Entwaffnungsgesetz ein, das der
Bundeskanzler dem Völkerbund versprochen
mühte. Es besteht aus einem einzigen Paragra-
phen. Darin wird bestimmt, daß, wenn die öffent-
liche Sicherheit es erfordert, der Bundes-
kanzler den Besitz und das Tragen von Waf-
sen und Munition verbieten kann. Im alten
Waffenpatent war diese Befugnis den Statthal-
tern, nach dem Umsturz den Landeshauptleuten
übertragen.

Der Bundeskanzler begründete im Parla-
ment die Vorlage und wies dabei die Vor-
schläge der Heimwehr, wie er sagte, auf
einstimmigen Beschluß des Mini-
sterkabinetts, entschieden zurück. Er wie-
derholte dann seine im Vorjahr abgegebene Er-
klärung, daß die Regierung über ein verlässliches
Bundesheer verfüge, das jeder Eventualität ge-
wachsen sei. Die Zeit sei vorüber, wo es irgend
eine Partei oder irgend eine Gruppe wagen
konnte, etwas zu unternehmen, was geeignet
wäre, die öffentliche Ruhe im Lande ernst zu
gefährden.

Der Innenminister Schumy (Landbund)
wandte sich sehr scharf gegen die Heimwehren. Er
verweist auf das Korneuburger Gelöbnis der
Heimwehren für den Faschismus und betont ent-
schieden, eine etwa tatsächlich eingegangene Ver-
pflichtung einzelner Abgeordneter müsse diese
veranlassen, aus dem sich ergebenden Widerspruch
zwischen ihrem Gelöbnis auf die Verfassung und
ihrem Gelöbnis auf die Heimwehrtatsache die
Konsequenzen zu ziehen. Das Bürger-
tum habe keine Lust, sich mit staatspolitischer
Importartikeln zu befassen. Es sei sehr fraglich,
ob das Volk die Freiheitsrechte dieses Staates gegen
die diktatorische Gewalt von Menschen ver-
tauschen wolle, die die Bewegung nur benutzen
wollen, um selbst zur Macht zu gelangen. Der
Heimwehrturs könne der Minister nie-
mal die Befugnisse einräumen, Minister abzu-
berufen und zu ernennen, oder ein Mißtrauens-
votum auszusprechen; noch weniger denke er
daran, seinen verantwortungsvollen Posten zu
Gunssten von Personen abzutreten, die es weder
mit ihrem Gelöbnis als Mandatäre ernst neh-
men, noch die Garantie für eine gerade und ge-
rechte Verwaltung bieten. Die Heimwehrtatsache
sei im Begriffe, die Bewegung auf steile und
rutschige Terrain zu führen — noch sei
es Zeit zur Rückkehr. Keinesfalls sei die Regie-
rung für die Dauer geneigt, Angriffe gegen Ge-
setz, Ruhe und Ordnung und gegen ihr Ansehen
ruhig hinzunehmen.

Auf Verlangen der Sozialdemokraten wird
über diese beiden Erklärungen die Debatte
eröffnet, und

Preussischer Landtag beschlußunfähig.

Berlin, 23. Mai. (Eigenbericht.) Im preußi-
schen Landtag übten heute die Oppositions-
parteien aller Richtungen bei der Schluß-
abstimmung über den Etat Obstruktion. Durch
Herrnbleiben von der Abstimmung machten sie
den Landtag beschlußunfähig. Infolgedessen
mühte die Abstimmung erneut und zwar auf den
16. Juni vertagt werden. Durch dieses Ver-
halten der Opposition ist lediglich erreicht wor-
den, daß die Regierung eine Reihe einmaliger
Ausgaben im Gesamtbetrag von 25 Millionen
nicht leisten kann, trotzdem diese zum größten
Teil der Arbeitsbeschaffung zugute
kommen sollen.

Das Schulgebet des Patentreuz-
ministers.

Wirth droht mit dem Staatsgerichtshof.

Berlin, 23. Mai. Reichsinnenminister Dr.
Wirth hat der thüringischen Regierung bekannt-
gegeben, daß er damit nicht einverstanden sei,
wenn über die vom thüringischen Unterrichts-
minister Dr. Frid empfohlenen Gebete mit Hoch-
kreisen und mit der Lehrerschaft Verhandlungen
gepflogen werden würden. Minister Dr. Wirth
betont seinen Standpunkt dahingehend, daß über
die parteipolitische und antisemitische Tendenz die-
ser Gebete nicht der mindeste Zweifel herrschen
könne. Er verlange, daß ohne weitere Unter-

Bürgermeister Seif

spricht im Namen der Sozialdemokratie. Er be-
grüßt die Erklärungen der beiden Minister, denen
aber die ganz bedeutungslose Vorlage nicht ent-
spreche. Diese bringe nichts gegen die Beun-
ruhigung unserer Wirtschaft, nichts gegen die
bewaffneten Drohungen. Sie ist kein Mittel, um
wirklich die Befriedigung des Landes herbeizu-
führen. Die Regierung habe bisher nicht einmal
die Bestimmungen des Kriegserzeugnisgesetzes durch-
zuführen sich getraut und nicht verhindert, daß die
Heimwehren mit Gewehren, Stahlhelmen und
Maschinengewehren, was alles im Kriegserzeug-
nisgesetz verboten sei, öffentlich aufmarschiere.
Eine wirkliche Befriedigung sei nur möglich durch
Auflösung aller militärischen
Selbstschutzformationen, durch ein
Verbot aller Aufmärsche und Kontrolle der Ent-
waffnung durch parlamentarische Kommissionen.
Die Sozialdemokraten würden dementsprechende
Anträge stellen und sehen, ob die bürgerlichen
Parteien wirklich die Befriedigung und die Ent-
waffnung wollen.

Dr. Deutsch verweist dann noch darauf,
daß die Sozialdemokraten schon seit 1923 wieder-
holt die allgemeine Abrüstung verlangt
haben, aber immer mit ihrem Verlangen höhnisch
zurückgewiesen wurden.

Schumy tritt aus der Heimwehr aus.

Wien, 23. Mai. (N.) Bundesminister Ing.
Schumy hat als die Heimwehrtatsache Gruppe
Hirtenberg in Kärnten, der er gegenwärtig ange-
hört, ein Schreiben gerichtet, worin er zum
Ausdruck bringt, daß die Bundesleitung der
Heimwehr sich nach Zeitungsmeldungen zum
Gedanken der faschistischen Diktatur bekannt habe
und überdies Methoden für die innere Befrie-
dung in Aussicht genommen habe, die er mit sei-
ner Ueberzeugung als loyaler Staatsbürger und
Innenminister nicht in Einklang bringen könne.
Aus diesem Grunde sehe er sich veranlaßt, sei-
nen Austritt aus der Heimwehrtatsache Gruppe
zur Kenntnis zu bringen.

Auch die Bauern gegen die Heimwehren

Wien, 23. Mai. Der Bundesausschuß des
Niederösterreichischen Bauernbundes hat an den
Parteiobmann Baugin der christlich-sozialen
Volkspartei ein Begrüßungsschreiben gerich-
tet, worin er erklärt, in echter, unerschütterli-
cher Bauerntreue fest an den bewährten Grund-
sätzen der christlichsozialen Partei festzuhalten,
in denen er das kulturelle und wirtschaftliche
Wohl der Bauernschaft am besten geborgen wisse.

sicherung die Empfehlung für diese Gebete zu-
rückgezogen werde. Dr. Wirth erklärt wei-
ters, daß er, wenn seiner Forderung nicht ent-
spröchen würde, den Staatsgerichtshof um Ent-
scheidung anrufen werde.

Politisches Attentat auf Malta.

Malta, 23. Mai. Auf dem Ministerpräsi-
den Lord Strickland wurde heute vormittags
aus nächster Nähe ein Revolvergeschuß abgegeben.
Der Angreifer, namens Miller, gab auf Lord
Strickland aus unmittelbarer Nähe zwei Schüsse
ab, die aber ihr Ziel verfehlten. Die Polizei
nahm den Attentäter sogleich fest. Die angefan-
gelte Volksmenge umstellte den unverletzten
Ministerpräsidenten und bereitete ihm Ovationen.

Man nimmt an, daß das Attentat mit der
starken Spannung zusammenhängt, die zwischen
der Regierung und den katholischen Kirchenbehör-
den vor kurzer Zeit entstanden ist und die zur
Ueberufung des englischen Gesandten beim
Papst geführt hat.

Ein Treuschwur für Otto.

Budapest, 23. Mai. Abgeordneter Graf
Czirak bestätigte heute in den Wandelgängen
des Abgeordnetenhauses als Augenzeuge die
Zeitungsnachrichten, daß Erzherzog Albrecht vor
Antritt seiner mehrmonatigen Südamerikareise
im Schloß Steenodergesel bei Brüssel dem Erzher-
zog Otto aus dem Hause Habsburg das Treu-
selöbnis leistete.

Eine Etappe.

Die Vereinbarungen von Haag
und die sie ergänzenden Pariser Vereinbarun-
gen, zu denen das Parlament in der nächsten
Woche Stellung nehmen soll, schließen eine
bedeutungsvolle Etappe der internationalen Politik
ab. Sie bringen das Ende der Reparations-
kommission, also die Wiederherstellung der
Souveränität Deutschlands, die Rheinland-
räumung, also die endliche Beseitigung der lesten
Reste des Kriegszustandes. So hart die
Lasten auch des „Neuen Planes“ für Deutsch-
land sind, so sehr die Annäherung zwischen
Deutschland und den ehemaligen Feindes-
mächten auf dem schwankenden Bo-
den diplomatischer Konstellationen beruht,
es weht doch eine andere Luft durch
Europa als in den Tagen von Ver-
sailles und St. Germain, von Trianon
und Neuilly. Nicht nur der Krieg, son-
dern auch der Geist der Friedensver-
träge wird liquidiert, mag auch die offizi-
elle Diplomatie der ehemaligen Ententes-
staaten die vorliegenden Vereinbarungen als
Vollendung der Friedensverträge bezeichnen.
Die Friedensverträge wollten die Scheidung
der Welt in Sieger und Besiegte vereinigen,
die neuen Vereinbarungen, und das ist ihr
wertvollster Fortschritt, machen ihr definitiv
ein Ende.

Aber für die Tschechoslowakei ha-
ben die Vereinbarungen, die nun der parla-
mentarischen Genehmigung harren, neben der
allgemeinen außenpolitischen noch eine ganz
besondere Bedeutung, da sie auch für die
Tschechoslowakei die Lasten aus den Friedens-
verträgen endgültig feststellen und überdies
einen langen Streit mit Ungarn zum Ab-
schluß bringen. Jahrelang bedrohte die unge-
löste Frage der Verpflichtungen aus den Fried-
ensverträgen die tschechoslowakischen Staats-
finanzen und damit die Taschen der Bevölke-
rung. Die Schätzungen der finanziellen Ver-
bindlichkeiten, welche die Tschechoslowakei ihren
großen Verbündeten gegenüber auf sich genom-
men hatte, gingen bis zu dreißig Milliarden.
Wenn es gelungen ist, das schließliche Aus-
maß dieser Lasten mit 37 Jahresraten von je
zehn Millionen Mark festzusetzen, die einen
Gegenwert von 1160 Millionen Kronen
repräsentieren, so liegt darin ein Erfolg der
tschechoslowakischen Außenpolitik, den wir lei-
desweges verkleinern wollen, wenn wir feststel-
len, daß auch die achtzig Millionen, die mit
den Kriegsschulden an Italien und Frankreich
auf über hundert Millionen jährlich anwach-
sen, eine nicht zu unterschätzende Budgetpost
bedeuten, und wenn wir fordern, daß durch
den endlichen Abbau der militärischen Rüstun-
gen, zu dem die fortschreitende Befriedigung die
Möglichkeit gibt, eine Bedeckung für die vo-
riger Verpflichtungen gefunden wird, durch
welche die Bevölkerung nicht neuerlich belastet
wird.

Denn wir stehen, wie die Herren Benes
und Bethlen übereinstimmend versichern, nun-
mehr auch zu Ungarn in freundlicheren Be-
ziehungen, seitdem der Zanpfel der Boden-
reform durch den Fonds A beseitigt worden ist.
Im Haag wie in Paris haben nämlich beide
Gegner ihren grundsätzlichen Standpunkt fest-
gehalten: die Tschechoslowakei, daß sie an die
enteigneten magyarischen Großgrundbesitzer
nicht mehr zahlen, als die eigenen Bodenre-
formgesetze bestimmen, Ungarn, daß seine An-
gehörigen den vollen Wert der enteigneten
Gründe als Entschädigung erhalten müssen.
Die Großmächte beendeten diesen Streit, in-
dem sie einen Fonds stifteten, aus dem die
ungarischen Mehransprüche befriedigt werden
sollen, ohne daß die tschechoslowakische Rechts-
auffassung und vor allem die tschechoslowakische
Staatskasse davon betroffen wird. Das gleiche
gilt für Rumänien und Jugoslawien. Natür-
lich spenden die Großmächte den Fonds A nicht
aus eigenen Mitteln, so großzügig geht es
in der internationalen Politik nicht zu; son-
dern sie verwenden zu diesem Zwecke die unga-
rischen Reparationsleistungen. Für das unga-
rische Volk liegt darin eine schmerzliche Tra-

Kindersfreunde Prag.
 Sonntag, den 25. Mai 1930.
Ausflug nach Satisi.
 Treffpunkt um halb 9 Uhr vormittags bei der Endstation der 21-er oder 17-er in Braník. Die Rückfahrt erfolgt in den Nachmittagsstunden.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.
Zehn Jahre Großeinkaufsgesellschaft.

Ein Rückblick

Die nachstehenden Ausführungen entnehmen wir dem ausgezeichneten und schön ausgestatteten Geschäftsbericht der Ges. für das Jahr 1928/29. Der Bericht ist nicht nur dadurch wertvoll, daß er eine eingehende Darstellung der geleisteten Arbeit im zehnten Geschäftsjahre enthält, sondern auch durch die vielen schönen Bilder, welche uns die Größe der Eigenbetriebe der Ges. vor Augen führen. In der Einleitung des Berichtes, aus dem wir nur noch hervorheben, daß der Umsatz über 302 Millionen K (d. i. um fast 13,5 Millionen K mehr als im Vorjahre) betragen hat, wovon mehr als 51 Millionen K auf die Eigenproduktion entfallen, wird gesagt:

Mit dem Ende des Berichtsjahres 1928/29 können wir auf unseren 10jährigen Bestand zurückblicken.

Nach dem Zerfall des alten Österreich waren die im Gebiete mehrerer Nachfolgestaaten liegenden Vereine der Großeinkaufsgesellschaft österreichischer Konsumvereine durch die Aufrichtung neuer Grenzen von ihrer Mutteranstalt losgelöst worden. Es entstand, so auch für unsere Vereine die Notwendigkeit der Schaffung eines eigenen Zentralinstitutes, wozu die Ansätze in den bereits bestehenden Filialen der Wiener Ges. gegeben waren. Nach dem Umsturz gab es deren fünf, und zwar in Prag, Währ.-Strau, Aussig, Trautenau und Karlsbad. Die Gründung der letzten vier Abteilungen reicht in die Vorkriegszeit zurück und zwar wurden dieselben in nachstehender Reihenfolge eröffnet: Strau am 15. Juli 1907, Aussig Ende 1907, Trautenau im Jänner 1912 und Karlsbad am 1. Jänner 1913. Die Errichtung der Abteilung in Prag fällt erst in das Jahr 1917, weil der Verkehr mit den böhmischen Landesbehörden damals eine ständige Vertretung hier notwendig machte. Der Bestand einer Repräsentanz in Prag war der späteren Entwicklung zur Selbständigkeit sehr förderlich, weil diese Stadt nicht nur der geographische Mittelpunkt unseres Arbeitsgebietes war, sondern nach der Errichtung der Tschechoslowakischen Republik die Verlegung unserer Zentrale in die Hauptstadt, dem Sitze der Behörden, zu einer Notwendigkeit wurde.

Unser Tätigkeitsbeginn fällt in eine Zeit ganz ungewöhnlicher wirtschaftlicher Struktur. Die Folgeerscheinungen des Krieges waren überall zu spüren; es herrschte eine große Nachfrage nach Konsumgütern, denn die Bevölkerung war gewohnheitsgemäß noch immer von Sorge und Angst um das „tägliche Brot“ erfüllt, welches ihr in largen Rationen zugeteilt wurde. Der Schleichhandel blühte trotz energischer Bekämpfung durch das Bücheramt. Zu jener Zeit waren die organisierten Konsumenten dank der guten Funktion unseres Aufbringungs- und Verteilungsapparates viel besser versorgt als der übrige Teil der Verbraucher und die Mitgliederzahl der Vereine wuchs demzufolge. Nach Beseitigung der letzten Reste der staatlichen Bewirtschaftung setzte der Kampf des „freien Handels“ — damals noch stark beeinflusst von den durch Schleichergeschäfte reich gewordenen Existenzen — um die im Kriege verlorenen Positionen ein. Kaum waren die Lebensmittel, wenn auch zu sehr hohen Preisen, überall und in jeder Menge zu haben, folgte der Abfall eines erheblichen Teiles der während des Krieges zu den Konsumvereinen gestoßenen Mitglieder, welche den Lockungen der Krämer, trotz der im Kriege gemachten Ablen Erfahrungs, keinen Widerstand entgegenzusetzen vermochten. Es folgte die durch die Experimente unserer Finanzpolitik

verurteilte Deflationskrise, deren Folgen sich in einem Preissturz auswirkten, welcher unseren Vereinen schwere Schädigungen brachte. Die im Gefolge der Deflation auftauchende Arbeitslosigkeit tat ein Uebrigens zur Verschärfung der wirtschaftlichen Situation. Hier setzte unsere Aktion wegen Wiedergutmachung der durch die Krise unseren Vereinen zugefügten Schäden ein. Wenn gleich die durch das Gesetz vorgesehene Sanierungsmassnahmen nur eine teilweise Reparation bringen konnten, waren die schlimmsten Gefahren dennoch beseitigt. Die nach einer dreijährigen Krisenzeit eintretende wirtschaftliche Konjunktur brachte unseren Vereinen endlich jene Konsolidierung, deren sie nach den vergangenen Jahren dringend bedurften.

Schon zu Zeiten der Gründung der Wiener Großeinkaufsgesellschaft (1905) nahm die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung der Sudetenländer eine achtunggebietende Stellung in der österreichischen Gesamtbewegung ein; sie bildete den ältesten und den am stärksten entwickelten Zweig derselben. Das abgelaufene Jahrzehnt hat darum trotz einer Reihe von schweren Krisen die kräftige Position unserer Bewegung nicht zu erschüttern vermocht; ihre festgefügte Organisation widerstand allen Stürmen der sich allgemein katastrophal auswirkenden wirtschaftlichen Vorgänge der Nachkriegszeit.

Unsere Ges. nahm an der Entwicklung der Bewegung den lebhaftesten Anteil und diente den Vereinen in den schwierigsten Situationen als Führer und Wegweiserin. Darum bilden wir mit dem Bewußtsein der erfüllten Pflicht und mit lebhafter Genugtuung auf das verfloßene erste Dezennium unseres Wirkens zurück, welches durch die Beseitigung der Schäden der Kriegs- und Nachkriegswirtschaft, den Wiederaufbau und die Konsolidierung unserer Bewegung gekennzeichnet ist.

Bis zur Kriegszeit beschränkte sich die Tätigkeit der Großeinkaufsgesellschaft lediglich auf die Warenvermittlung. Wir sind dabei nicht stehen geblieben, sondern haben uns die Eigenherzeugung der von unseren Mitgliedern benötigten Güter zum Ziele gestellt, in der Erkenntnis, daß nur auf diesem Wege die Leistungsfähigkeit der Bewegung zu steigern und ihre Unabhängigkeit zu wahren ist. Unsere Erfolge auf diesem Gebiete der genossenschaftlichen Arbeit haben uns recht gegeben und die Resultate, welche wir mit der Eigenproduktion einer ganzen Reihe wichtiger Bedarfsartikel erzielt haben, ermutigen uns, in dieser Richtung fortzuschreiten.

Aber nicht nur auf das Gebiet der Warenbeschaffung und genossenschaftlichen Gütererzeugung blieb unsere Tätigkeit beschränkt. Wir haben unseren Vereinen in dem Chaos der Nachkriegswirtschaft auch mit Rat und Tat geholfen. Es kann ohne Ueberheblichkeit gesagt werden, daß der Fortbestand mancher Vereines durch finanzielle und moralische Hilfe von unserer Seite gesichert wurde und daß ohne die Unterstützung einer starken Zentralorganisation der Bewegung unermesslicher Schaden zugefügt worden wäre. In unserer kurzlebigen Zeit wurden Situationen, wie jene der letzten Krisenjahre leicht vergessen und darum sei aus Anlaß unseres 10jährigen Bestandes auch dieser unserer Tätigkeit Erwähnung getan.

In dem guten Bewußtsein, alle unsere Kräfte in den Dienst der Genossenschaftsbewegung gestellt zu haben, treten wir mit neuen Hoffnungen in das zweite Dezennium unserer Tätigkeit ein. Wir



Bewahr' Dir Deine Zähne

und erhalte sie gesund und perlenweiß durch tägliche Pflege mit dem seit 40 Jahren erprobten

KALODONT

Schönere Zähne



geben dabei der Hoffnung Ausdruck, in den Kreisen unserer Genossenschaft stets Verständnis für unsere Bestrebungen zu finden, die geleitet sind von den Interessen der Gesamtbevögelung.

Der Kollektivvertrag in den Privatversicherungsgesellschaften abgeschlossen

Der freigewerkschaftliche Zentralverband der Versicherungsgesellschaften legte schon voriges Jahr den Versicherungsgesellschaften Forderungen nach Stabilisierung der Angestelltenbezüge, ihrer Umstellung auf Brutto-bezüge auf Grund einer dauernden, rechtlichen Basis und Erhöhung des Quartiergeldes um 100 Prozent vor. Drei Gesellschaften: Die Slowakische, Assicurazioni Generali und später die Securitas, entsprachen den Forderungen ihrer Angestellten und führten die Stabilisierung durch. Mit acht im Aktionskomitee vereinigten Gesellschaften wurden die Verhandlungen eröffnet, doch boten die Gesellschaften nur eine Stabilisierung von dreizehn Sechstel der bisherigen Bezüge und als nach den einige Monate währenden Verhandlungen die Anstalten das Quartiergeld um 70 Prozent zu erhöhen geneigt waren, forderten sie als Kompensation eine Erweiterung der Arbeitszeit und solche Abänderungen der Dienstverträge, daß sie einer vollkommenen Umstellung gleichkommen wären, gelang es den Verbändevertretern, den Koll. Svobal, Kossal, Zusich und Frouter (Reichenberg), die Gesellschaften zu einer teilweisen Konzentration der Angestelltenbezüge bei 40 Prozent Erhöhung des Quartiergeldes, einer entsprechenden Erhöhung der Remuneration, Fortzahlung des Anschaffungsbeitrages, des Ernährungsbeitrages und der einmaligen Kostenaufschüsse zu bewegen. Mit dem neuen Kollektivvertrag wird die bisherige Arbeitszeit aufrechterhalten und allgemein der fünfsechshalbstündige Sonntag eingeführt. Der Zentralverband der Versicherungsgesellschaften legt die Verhandlungen zwecks Abschluß des Kollektivvertrages mit den übrigen Gesellschaften fort, demnach dürfte die Verhandlungen mit der Union der Tschechoslowakischen Angestellten mit der Union und Tschechoslowakien einen günstigen Abschluß finden. Die „Elsbe“, die so schön national zu tun versteht, ist natürlich diesmal wieder davon entfernt, die Verhältnisse ihrer Angestellten der neuen Regelung anzupassen und mit der Organisation einen Kollektivvertrag abzuschließen.

Es muß anerkannt werden, daß es der freien Gewerkschaft der Versicherungsgesellschaften trotz der ungünstigen Verhältnisse gelungen ist, einen Kollektivvertrag abzuschließen, der eine Verbesserung der Bezüge und günstigerer Regelung der Arbeitszeit beinhaltet. Der Verband wird zu geeigneter Zeit wieder mit seinen Forderungen nach dauernder Regelung auf Grund seiner Stabilisierungsvorschläge hervortreten.

Die Abbaubehandlungen in der Anglo-tschechoslowakischen und Prager Kreditbank. Mit Rücksicht auf die verschiedenen Zeitungsmeldungen über den Stand der Abbaubehandlungen in der Anglo-tschechoslowakischen und Prager Kreditbank teilen die Bankangestelltenorganisation folgendes mit: Bisher haben vier Verhandlungen stattgefunden. Die Bankleitung hat den ursprünglichen Antrag der Organisation, der übrigens während der Verhandlungen modifiziert wurde, mit Gegenanträgen beantwortet, welche jedoch keine Möglichkeit für eine Vereinbarung bieten. Die Organisations haben in der gestrigen Verhandlung eine schriftliche Präzisierung der Stellungnahme der Bankleitung angesprochen, die ihnen auch zugesagt wurde. Mit diesem Stande der Verhandlungen werden sich anfangs nächster Woche die Institutionen der Organisations und die in Betracht kommenden Angestelltenvertretungen beschäftigen.

Physikalisch-diätetisches
Sanatorium KLEISCHE bei Aussig
 Neuzeitliche Einrichtungen.
 Telefon Aussig 303. Prospekt.

Der Gummischuh.
 Von M. Zoffhento.

Es ist gewiß sehr leicht, in der Elektrischen einen Gummischuh einzubringen, zumal wenn man von zwei Seiten hart bedrängt wird und sie einem von hinten auf die Kappe treten — mit einem Male ist der Gummischuh weg. Es ist wahrhaftig eine ganze Kleinigkeit, einen Gummischuh zu verlieren.

Meiner war weg, ehe ich bis zwei gezählt hatte. Ich fand kaum Zeit zu einem „Ach“. Als ich einstieg, waren beide Gummischuhe noch vorhanden. Ich entfinne mich dessen nur zu gut. Noch im Einsteigen hatte ich nach ihnen gefast — ob sie noch da wären. Wie ich nun aussteige, sehe ich: der eine Gummischuh ist da, der andere nicht. Der Stiefel ist auch da. Auch die Sohle, wie ich sehe. Auch die Unterhose. Der Gummischuh aber fehlt.

Der Elektrischen nachzulaufen, geht nicht gut an. So ziehe ich den übriggebliebenen Gummischuh aus, wickle ihn in die Zeitung und gehe. Nach der Arbeit, denke ich, will ich mich auf die Suche machen. Das Ding kann doch nicht spurlos verschwunden sein. Jrgendwo wird es schon finden.

Nach Arbeitsluß ging ich auf die Suche. Vor allen Dingen zog ich einen mir bekannten Straßenbahnwagenführer zu Rate. Er machte mir Hoffnungen. „Sei froh“, sagte er, „daß du ihn in der Elektrischen verloren hast! Für keine andere öffentliche Institution würde ich einsehen. Aber in der Elektrischen etwas zu verlieren, ist eine sichere Sache. Ich habe da einen Aufbewahrungsort für verlorene Gegenstände. Man braucht nur zu kommen und sie abzuholen.“

Ja, es ist eine sichere Sache.

„Danke“, sage ich, „mir fällt ein Stein vom Herzen. Der Gummischuh ist übrigens fast neu; ich trage ihn erst die dritte Saison.“

Kann ich nicht meinen Gummischuh wiederbekommen, Brüberchen? Man hat ihn mir in der Elektrischen heruntergerissen.“

„Du kannst schon. Was für ein Gummischuh war es denn?“

„Ein gewöhnlicher Gummischuh, Größe 12.“

„Wir haben von Größe 12 zwölftausend Stück da. Gib die Merkmale an!“

„Die Merkmale“, sage ich, „sind ganz gewöhnlich. Die Kappe ist natürlich entzwei, und das Futter fehlt. Das Futter hat sich abgemischt.“

„Wir haben vielleicht über tausend solcher Gummischuhe. Hat er weiter keine Merkmale?“

„Er hat schon besondere Merkmale. Die Spitze ist fast herunter; sie hält sich kaum, und der Abfuß, sage ich Euch, ist fast ganz weg. Aber die Seiten sind noch recht gut; die halten vorläufig noch.“

„Zieh dich!“ sagt man mir. „Wir wollen gleich mal nachsehen.“

Das nennst man prompt arbeiten, danke ich. Und was für menschenfreundliche Leute, sich so viel Mühe zu machen um einen Gummischuh!

„Schönen Dank, Freunde! Das gedenke ich Euch, solange ich lebe. Gebt mir nur rasch her! Ich zieh' ihn sofort an.“

„Rein, werter Genosse“, sagen jene. „Wir können ihn dir nicht ausliefern. Wir haben ja keine Gewähr, daß gerade du ihn verloren hast.“

„Ich sagte ja, daß ich ihn verloren habe.“

„Es ist sehr wahrscheinlich, aber wir können ihn trotzdem nicht ausliefern. Du mußt eine Bescheinigung bringen, daß du ihn verloren hast. Sobald die Hausverwaltung es bestätigt, gebest wir ihn ohne weiteres heraus.“

„Brüderchen“, sage ich, „redliche Genossen, im Hause weiß ja niemand etwas von der An-

legenheit. Am Ende geben sie mir keine Bescheinigung.“

„Sie werden sie dir schon geben — dazu sind sie ja da.“

Ich warf einen letzten Blick auf den Gummischuh und ging.

Am nächsten Tage suchte ich den Vorsitzenden der Hausverwaltung auf. „Gib mir eine Bescheinigung, sonst ist es um den Gummischuh geschehen.“

„Hast du ihn auch wirklich verloren? Oder flunkerst du?“

„Bei Gott“, sage ich, „ich habe ihn verloren.“

„So schreibe ein Gesuch!“

Ich schrieb ein Gesuch. Tags darauf war ich im Besitze einer regelrechten Bescheinigung. Mit dieser Bescheinigung ging ich ins Fundbüro. Ohne viele Umstände wurde mir der Gummischuh ausgeliefert. Mich übermannte vollends die Nührung, als ich ihn am Fuße hatte.

Nur eins war an der Sache verdrücklich: Während der Bemühungen der ganzen Woche hatte ich den anderen Gummischuh verloren. Ich hatte ihn eingepackt unter dem Arme getragen und irgendwo liegen gelassen, ohne zu wissen, wo. Das Schlimmste — es war nicht in der Elektrischen geschehen. So war es von vornherein eine aussichtslose Sache. Wo sollte ich ihn suchen?

Immerhin habe ich den wiedergefundenen Gummischuh. Den habe ich auf die Kommode gestellt. Wird mir trüblich zu Mut, so schaue ich den Gummischuh an, und gleich fühle ich mich wieder leicht und frei.

Alle Achtung, wie der Apparat arbeitet!

(Aus dem Russischen übertragen von Wanda Waldenburg.)

von Herzen. Der Gummischuh ist übrigens fast neu; ich trage ihn erst die dritte Saison.“

Kann ich nicht meinen Gummischuh wiederbekommen, Brüberchen? Man hat ihn mir in der Elektrischen heruntergerissen.“

„Du kannst schon. Was für ein Gummischuh war es denn?“

„Ein gewöhnlicher Gummischuh, Größe 12.“

„Wir haben von Größe 12 zwölftausend Stück da. Gib die Merkmale an!“

„Die Merkmale“, sage ich, „sind ganz gewöhnlich. Die Kappe ist natürlich entzwei, und das Futter fehlt. Das Futter hat sich abgemischt.“

„Wir haben vielleicht über tausend solcher Gummischuhe. Hat er weiter keine Merkmale?“

„Er hat schon besondere Merkmale. Die Spitze ist fast herunter; sie hält sich kaum, und der Abfuß, sage ich Euch, ist fast ganz weg. Aber die Seiten sind noch recht gut; die halten vorläufig noch.“

„Zieh dich!“ sagt man mir. „Wir wollen gleich mal nachsehen.“

Das nennst man prompt arbeiten, danke ich. Und was für menschenfreundliche Leute, sich so viel Mühe zu machen um einen Gummischuh!

„Schönen Dank, Freunde! Das gedenke ich Euch, solange ich lebe. Gebt mir nur rasch her! Ich zieh' ihn sofort an.“

„Rein, werter Genosse“, sagen jene. „Wir können ihn dir nicht ausliefern. Wir haben ja keine Gewähr, daß gerade du ihn verloren hast.“

„Ich sagte ja, daß ich ihn verloren habe.“

„Es ist sehr wahrscheinlich, aber wir können ihn trotzdem nicht ausliefern. Du mußt eine Bescheinigung bringen, daß du ihn verloren hast. Sobald die Hausverwaltung es bestätigt, gebest wir ihn ohne weiteres heraus.“

„Brüderchen“, sage ich, „redliche Genossen, im Hause weiß ja niemand etwas von der An-

